

Interlycées: „Les décideurs de demain à la rencontre des décideurs d'aujourd'hui“

„Mister Euro“ trifft Schüler

Alex Fohl

Die „Interlycées“-Treffen sind längst zur Tradition geworden. Seit 2004 haben sich zahlreiche Prominente aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bereit erklärt, Sekundarschülern aus Luxemburg und der Grenzregion zu aktuellen Themen Rede und Antwort zu stehen. Gestern gab sich erneut Jean-Claude Juncker die Ehre.

Während der gestrigen „Matinée d'étude“ hatten ca. 550 Schüler aus 21 Lyzeen im hauptstädtischen Athenäum die Gelegenheit, den Luxemburger Premier und Präsidenten der Eurogruppe hautnah zu erleben. Als Thema für diese europäische Begegnung, an der auch Schulklassen aus Arlon, Thionville und Saarbrücken beteiligt waren, hatten sich die Veranstalter von „Interlycées“ die Einheitswährung Euro ausgesucht und konnten dafür kaum einen besseren Gastreferenten verpflichten als den mit vielen europäischen Auszeichnungen bedachten Luxemburger Vorzeigepolitiker Jean-Claude Juncker.

In seinem historischen Exkurs ging Juncker auf die Ursprünge der europäischen Konstruktion zurück. Aus dem politischen Programm zur Befriedung des europäischen Kontinents hat sich die ökonomische Dimension laut Juncker als Motor für den Fortschritt der europäischen Integration erwiesen.

Mehr Stabilität

Im Euro sieht Juncker nicht zuletzt ein Mittel, um die europäische Konstruktion unumkehrbar zu machen. Die Einheitswährung sei die logische Verlängerung des europäischen Binnenmarkts. Ohne Euro sei keine kohärente europäische Wirtschaftspolitik möglich, so Juncker, der den



Fotos: Hervé Montaigne

Jean-Claude Juncker: Entscheidungsträger von heute ...

Schülern die Vorzüge einer einheitlichen Währung erläuterte. Er habe der europäischen Wirtschaft und den Unternehmen mehr Stabilität gebracht. Seit dessen Einführung sei die Beschäftigung in der Eurozone um ein Fünffaches gestiegen. Der Euro habe dazu beigetragen, die Folgen von politischen und wirtschaftlichen Krisen abzuschwächen. Ohne Euro wären die Spritpreise zusätzlich um 48 Prozent angestiegen. Es gebe viele Gründe, stolz auf den Binnenmarkt und die Einheitswährung zu sein, so Juncker, der die europäische Konstruktion für verbesserungsfähig hält. Es sei wesentlich, auf europäischer Ebene soziale Mindeststandards zu vereinbaren, um Missbräuchen entgegenzuwirken. Als eklatantes Beispiel nannte Juncker das Missverhältnis zwischen steigenden Managergehältern einerseits und einer moderaten Lohnpolitik andererseits.

Juncker unterstrich auch die Bedeutung einer unabhängigen Europäischen Zentralbank. Durch sie habe der Einfluss der Nationalstaaten auf die Geldpolitik abgenommen. Während die EZB über die Preisstabilität wache, werde die Wirtschaftspolitik im Rahmen der Eurogruppe koordiniert, so Juncker, der auf erhebliche Divergenzen innerhalb

dieses Gremiums verweist. Die Wachstumsschere in der Eurozone liegt Juncker zufolge zwischen einem und sechs Prozent, wobei Luxemburg in der oberen Etage zu finden sei. Auch in Sachen Inflation und Lohnkosten gebe es erhebliche Divergenzen. Aus diesen Unterschieden versucht die Eurogruppe einen kollektiven und solidarischen Handlungsansatz abzuleiten. Die Qualität des politischen Austauschs zwischen den Staaten habe sich verändert, betont Juncker und verweist darauf, dass alle Eurostaaten dem Stabilitätspakt verpflichtet sind. Länder, die gegen die Stabilitätskriterien verstießen, hätten auch in Sachen Beschäftigung Schwierigkeiten.

Eine besondere Bedeutung kommt laut Juncker der Preisstabilität zu. Die Inflation sei der größte Feind jener, die von Armut bedroht seien. Lohnempfänger seien die ersten Opfer der Inflation, hält der Präsident der Eurogruppe weiter fest und plädiert für eine Politik, die Kaufkraft erhält und Ersparnisse nicht zerstört.

Neu in der Eurozone

Auch die neuen Mitglieder der Eurozone waren Thema der gestrigen Veranstaltung. Malta und

Der Euro ...

1970 wurde erstmals die Idee einer europäischen **Währungsunion** konkretisiert. Im so genannten Werner-Plan erarbeitete der luxemburgische Premierminister Pierre Werner mit Experten eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einheitlicher Währung. Das Projekt scheiterte. An dessen Stelle wurden der Europäische Wechselverbund (1972) und das Europäische Währungssystem (1979) mit dem Ziel gegründet, allzu starke Schwankungen nationaler Währungen zu verhindern. Als Vorläufer des Euro wurde die European Currency Unit (ECU) geschaffen. Erst in den 90er Jahren wurde der Grundstein für den EU-Binnenmarkt und die europäische **Einheitwährung** gelegt. Im Maastricht-Vertrag (1992) einigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf die so genannten Konvergenzkriterien (Stabilitäts- und Wachstumspakt), die Staaten erfüllen müssen, um der Eurozone beitreten zu können. Als Wächterin der Preisstabilität wurde die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt/Main gegründet. Sie nahm am 1. Juni 1998 ihre Arbeit auf. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro als gesetzliche Buchungswährung eingeführt. 2002 folgte die Einführung des Euro als Münz- und Papiergeld. Der Euro ist das offizielle **Zahlungsmittel in 15** von 27 EU-Staaten. Am 1. Januar 2008 sind Malta und Zypern der Eurozone beigetreten. Darüber hinaus haben fünf weitere Staaten (Andorra, Monaco, Montenegro, Vatikanstadt) und der Kosovo den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt, ohne der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion anzugehören. Alle EU-Mitgliedsländer sind dazu verpflichtet, die Gemeinschaftswährung nach Erfüllung festgelegter Konvergenzkriterien einzuführen. Lediglich Großbritannien und Dänemark haben sich das Recht vorbehalten (Opting out), selbst über den Beitritt zur Währungsunion zu entscheiden.

€-Zone

1. Belgien	9. Malta
2. Deutschland	10. Niederlande
3. Finnland	11. Österreich
4. Frankreich	12. Portugal
5. Griechenland	13. Slowenien
6. Irland	14. Spanien
7. Italien	15. Zypern
8. Luxemburg	

Grafik: Tageblatt: Bob Feiz

... und die Eurogruppe

Die Eurogruppe ist ein informelles Gremium der Europäischen Union zur Koordinierung der Steuer- und Wirtschaftspolitik im Euroraum. Die Länder der Eurozone sind durch ihre Wirtschafts- und Finanzminister vertreten. Dazu gesellen sich der Wirtschafts- und Währungskommissar der EU-Kommission, der Präsident der Europäischen Zentralbank, der Vorsitzende des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie hohe Beamte. Seit 1. Januar 2005 präsidiert der Luxemburger Premierminister Jean-Claude Juncker die Eurogruppe. Dessen Mandat wurde im September 2006 um zwei Jahre verlängert. Als informelles Gremium kann die Eurogruppe keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen.

-> Quelle: Wikipedia

Zypern sind am 1. Januar 2008 der Gruppe der Euro-Länder beigetreten und weisen durchaus Parallelen zu Luxemburg auf. Malta sei ein wertvolles Mitglied

und bringe eine neue Dimension in die EU. Wie alle kleinen Staaten werde auch die Mittelmeerinsel stark vom Beitritt zur Eurozone profitieren.

Gleichzeitig verwies Juncker auf die großen Probleme kleiner Staaten, die von den großen Ländern nicht immer so wahrgenommen würden. Im Gegenzug sind kleine Länder laut Juncker zu großen Taten fähig. Malta habe verhältnismäßig die meisten Flüchtlinge aufgenommen, was Juncker zu der Schlussfolgerung verleitet, dass kleine Länder nicht kleiner seien als große Republiken.

Durch Zypern käme ein Hauch Orient in die EU. Die Erfahrungen der geteilten Insel erlaubten eine bessere Abstimmung der europäischen Außenpolitik.

Auch das Sprachenproblem wurde während des gestrigen Treffens artikuliert.

Von einer einheitlichen Sprache innerhalb der EU, wie von einer Schülerin suggeriert, hält Juncker wenig. Eine Einheitsprache gefährde europäische Tugenden, so Juncker, der für die Wahrung der Einheit in der Vielfalt plädiert. Mehrere Sprachen zu sprechen und andere zu verstehen, hält Juncker für eine wesentliche Errungenschaft Europas. „Wir müssen unsere Sprachen pflegen.“



... treffen auf Entscheidungsträger von morgen

Um der Europäischen Währungsunion beitreten zu können, müssen vier Konvergenzkriterien erfüllt werden:

- die Inflationsrate darf maximal 1,5% über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer des Vorjahres liegen;
- das jährliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen; darüber hinaus darf der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 Prozent des BIP ausmachen;
- die erlaubte Schwankungsbreite der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem darf seit mindestens zwei Jahren nicht überschritten worden sein, im gleichen Zeitraum darf es zu keiner Abwertung gegenüber einer Währung eines anderen Mitgliedstaates gekommen sein;
- der langfristige Nominalzinssatz darf maximal zwei Prozent über jenem der drei preisstabilsten Länder des Vorjahres liegen.